

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt

der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindeglieder des Bezirks.



Anzeigebblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk. Erscheint seit 1846.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 90 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 1 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 2.85 ohne Zustellungsgebühr.

Poltschen-Konto: Amt Leipzig Nr. 21543. — **Gemeindeverbandsgirokassa Bischofswerda** Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die festschaltene Grundzeile (Zm. Woche 26) oder deren Raum 30 Pfg., stliche Anzeigen 20 Pfg. Im Text teil (Zm. Woche 17) 60 Pfg. die festschaltene Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die festschaltene Zeile 50 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Blätter wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Keine Milderung der Blockade.

Berlin, 20. Dezember. (B. L. B.) In der letzten Sitzung der Gefangenen-Kommission in Spaa erinnerte der deutsche Vorsitzende an die drohenden Ernährungschwierigkeiten, weshalb eine Milderung der Blockade auch im Interesse der Gefangenen geboten sei. Eine Milderung der Blockade wurde französischerseits verweigert.

Neue unerhörte Forderungen der Franzosen.

Die „P. B. N.“ schreiben: Die Franzosen haben unerhörte wirtschaftliche Forderungen an die deutsche Waffenstillstandskommission gestellt. Sie verlangen nicht mehr und nicht weniger, als daß das arme und gemarterte Deutschland, das an allem Mangel leidet, die Hülfenwerke und Fabriken Elsaß-Lothringens und der benachbarten Gebiete, mit Kohlen und Rohstoffen versorgt. Die Forderungen der Franzosen sind im laubertlich in 31 Artikeln und 36 Paragraphen niedergelegt. Angefordert werden für die Eisenerzeugung in den genannten Gebieten aus dem rechtsrheinischen Kohlenrevier täglich 10 500 Tonnen Koks, die wesentlich mit der Eisenbahn herangeführt und für die Eisenerzeugung dienen sollen. Für die anderen Werke der Gebiete soll die notwendige Kohlen- und Koksmenge von 35 000 T. täglich auf dem Wasserwege geliefert werden. Dazu kommen noch Kohlenlieferungen für die Besatzungstruppen. Eine zeitliche Beschränkung dieser Kohlenlieferungen ist in den französischen Forderungen nicht enthalten, eine solche Beschränkung war lediglich für die außerdem verlangten monatlich 9000 Tonnen Manganerz oder 102 500 Tonnen Sprozentiges Manganerz festgesetzt, und zwar sollte diese Lieferung bis zu einem von der französischen Regierung zu bestimmenden Zeitpunkt erfolgen.

Außerdem verlangte die französische Vertretung die Lieferung von Fabriken und Material und die Rückführung des des Werken entnommenen Materials, welches unentbehrlich für ihren ordentlichen Betrieb ist. Auf Grund dieser Forderungen sollte die deutsche Regierung alle Bestellungen auf Ersatzstücke und mechanisches Material ausführen und liefern lassen, welche ihr durch Vermittlung des Handelskontors von Elsaß-Lothringen für den Unterhalt oder die Verbesserung der Einrichtungen und der Materialien der Hüttenwerke im oben erwähnten Gebiet ausgegeben würde, die Maschinen deutscher Herkunft besitzen. Die deutsche Regierung sollte ferner der internationalen Waffenstillstandskommission schleunigst alle offiziellen oder privaten Aufzeichnungen über diese Gegenstände und die darauf bezüglichen Verträge übermitteln. Beauftragte der französischen Regierung sollten in Deutschland an Ort und Stelle diejenigen Feststellungen und Nachprüfungen vornehmen, die zweckdienlich sein würden. Damit wäre natürlich jeder Handelskontor für und Tor geöffnet. Im Falle der Nichtbefolgung dieser drakonischen Vorschriften wurde in der französischen Wunschliste sofortige Anordnung von Gegenmaßnahmen angedroht, die für erforderlich erachtet würden, dadurch nicht vorgegriffen würde. Die deutsche Wirtschaftskommission erklärte sich trotz der Einseitigkeit dieser Forderungen zu ihrer Erörterung nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit bereit. Der französische Oberst, der von der Gegenseite als Sachverständiger entsandt war, brach jedoch die Verhandlungen brüst ab, indem er die Antwort der deutschen Waffenstillstandskommission als Ablehnung seiner Forderungen erklärte. Er verließ daraufhin Spaa.

Wilson's Grundzüge und die Entente.

London, 20. Dezember. (B. L. B.) Zu dem Besuch des Präsidenten Wilson in London schreibt der „Manchester Guardian“: Der Präsident will handelnd auftreten; die Umstände erlauben kein Hinschieben. Die Nachrichten aus Deutschland zeigen, daß es absolut notwendig ist, die Verhandlung mit Wilson zu verstehen und die Industrie wieder in Gang zu bringen, wenn die Ordnung gewahrt werden soll. Wilson kam mit politischen Grundzügen nach

Europa und ist fest entschlossen, sie auf der Versammlung, an der er teilnimmt, durchzuführen. Die Militärs hätten die Grundzüge formell angenommen und die Übergabe Deutschlands sei unter diesen Bedingungen erfolgt. Wilson hat aber sicher in Paris einen Widerpruch zwischen dieser allgemeinen Annahme und einigen Forderungen entdeckt, die in verschiedenen Ländern, England nicht ausgenommen, aufgestellt werden. Wilson ist ein außerordentlich entschlossener Geschäftsmann und wünscht zu wissen, ob ein Frieden nach diesen Grundzügen kommen wird, ebenso ob die nationalen Einzelinteressen überwiegen werden.

Die Schlussigung des Rätekongresses.

Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Am Freitag kam der Reichskongress der A. und S. Räte zum Abschluß. Beraten wurde noch u. a. über die Sozialisierung des Wirtschaftslebens.

Referent Dr. Hilferding führte aus: Die Sozialisierung kann nicht bedeuten, Übergabe der Betriebe an die Arbeiterschaft, sondern Überführung der gesamten Produktion in die Verfügungsgewalt der Gesellschaft. Besonders wichtig ist auch die Sozialisierung der Hypothekendarlehen. Bei der Sozialisierung wollen wir nicht konfiszieren, sondern entschädigen. Die Betriebe gehören nicht einigen wenigen Kapitalisten, sondern der neuen sozialistischen Gesellschaft, in die sie in so gutem Zustande wie nur in irgendmöglich übergeführt werden müssen.

Nach einer regen Aussprache regt Dr. Hilferding in seinem Schlusswort auch die Frage der Sozialisierung der Großbanken an. Die Sozialisierung des Bergwerks bedeute die Schaffung des Bewußtseins, daß der Arbeiter für die Arbeit.

Ein Antrag, durch den die Regierung aufgefordert wird, die dazu reifen Betriebe, insbesondere die Bergwerke, unverzüglich zu verstaatlichen, wird einstimmig angenommen. Ebenso wird ein Antrag angenommen, auch für die Bergarbeiter Rindfleisch und den Achtfundentag bis zur Wiederaufnahme der Ein- und Ausfuhr einzuführen.

Zwischen Ledebour und Scheidemann kam es noch zu einem Zusammenstoß. Der Bericht meldet hierüber: Ledebour (Unabhängiger Sozialist): Wir haben nichts gegen ein Zusammenarbeiten mit der sozialdemokratischen Partei. Eine Versammlung ist aber nicht möglich nach der Überwindung durch den Antrag Lüdemann. (Ruhe! Reden Sie nicht so dumm! Große Unruhe.) Als der nächste Redner Scheidemann beginnen will, erhebt sich tosender Beifallsbeifall, als Antwort ungläubiger Wärm.

Wollbeauftragter Scheidemann: Die Rede Ledebours bedeutet eine neue Zuspitzung der gegenseitigen Abneigung. Für die Arbeiterbewegung ist nichts gewonnen. Anstatt den Kapitalismus zu bekämpfen, iprenge Sie die Arbeiterschaft auseinander. Die Antwort, die Sie von mir nicht hören wollen, werden Sie am 19. Januar bekommen. (Brausender Beifall; anhaltender stürmischer Wärm.)

Das Ende des Vollzugsrates.

Durch die Beschlüsse des Rätekongresses am Donnerstag ist der Großberliner Vollzugsrat, der sich das Recht einer die oberste Regierung bildenden Instanz für ganz Deutschland angemacht hatte, fallgestürzt worden. Er wird weiterhin noch das beschiedene Dasein, als Beauftragter der Großberliner Soldatenräte führen. Aber viel Unfug kann er nicht mehr anrichten. Rein parteipolitisch gesehen, hat er jedenfalls dafür gesorgt, daß vielen Tausenden bereits die Augen über die Segnungen der Revolution aufgegangen sind. Sein Nachfolger wird der Zentralrat, der infolge der Abstinenz der Unabhängigen auf Grund der Mehrheitslisten gewählt worden ist.

Die Millionen der Spartakusgruppe.

Berlin, 21. Dezember. (Von unserem Berliner Vertreter.) In Berlin war es lange schon ein offenes Geheimnis, daß Liebknecht und seine Leute über reichliche Mittel verfügen. Jetzt wird bekannt, daß die Gelder, die Joffe zuerst den Unabhängigen zugebacht hatte, in die Kasse der Spartakusleute geflossen sind. Es handelt sich um mehr als eine Million Mark. Selbst der „Vorwärts“ deutet das heute an. Damit sind alle Gerüchte, daß Liebknecht von einigen Anhängern aus Berlin B. finanziert sei, hinfällig. Die Spar-

takusgruppe braucht tatsächlich das Geld nicht zu zählen. Man weiß, daß Liebknechts persönliche Garde, die aus sieben Mann besteht und ihn Tag und Nacht begleitet, mit 100 Mk täglich besoldet wird, außerdem für Bravourtaten extra Be-

Wer hat den Zusammenbruch Deutschlands verschuldet?

In einer Versammlung des A. und S.-Rats in Magdeburg erzählte der Führer der Unabhängigen, das Exekutivmitglied Batet: „Uns ist diese Revolution nicht überraschend gekommen; denn seit dem 25. Januar d. J. haben wir den Umsturz planmäßig vorbereitet. Die Arbeit war schwierig, hat aber gelohnt. Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt, die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld und unterschriebenen Flugblättern versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich wieder an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zermürben sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulassen; und so hat sich der Zerfall allmählich, aber sicher vollzogen.“

Wer hat also unser deutsches Heer zermürbt, wer hat damit Deutschland ins Elend gestürzt und unsere, unserer Kinder und Kindeskinde Zukunft vernichtet, lediglich um die Machtfülle der eigenen Partei zu stärken? Nicht das „alte Regime“ war es, sondern hier wird ja ganz offen und unmissig zugegeben, daß mit Lug und Trug und mit falschen Papieren der Zerfall unseres Heeres herbeigeführt worden ist.

„Von hinten erdolcht“.

Nach der „Neuen Züricher Zeitung“ erklärt General Maurice in den „Daily News“: „Die deutsche Armee war vor dem Kriege die erste Europas. Bei dem Waffenstillstand befanden sich die der Alliierten und des Feindes an der Westfront im Verhältnis fünf zu dreieinhalb. Die deutsche Armee ist von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht worden. Das Verhalten der Matrosen der deutschen Flotte kann man nur mißbilligen. Sie zogen es vor, zu rebellieren und dem Feind ihre Schiffe auszuliefern, statt dem Tod zu trotzen. Sie waren es, die Paris retteten.“

Graf Brockdorff-Rangau Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Berlin, 20. Dezember. (B. L. B.) Als Nachfolger von Dr. Solf ist der bisherige Gesandte in Kopenhagen Graf Brockdorff-Rangau zum Staatssekretär des Auswärtigen ernannt worden.

Am Dr. Solf wurde von sozialdemokratischer Seite in letzter Zeit Kritik geübt, daß er Bürgerlicher sei. Nun hat man aber zu seinem Nachfolger keinen Genossen gefunden, sondern der Rat der Volksbeauftragten hat zu einem lebhaftigen Grafen seine Zuflucht nehmen müssen. Diese Einsicht, daß bei der Besetzung des wichtigen Postens keine parteipolitischen Gründe maßgebend sein können, ist nur zu loben. In parlamentarischen Kreisen wird die Ernennung sehr günstig beurteilt, da man dort den Grafen Brockdorff-Rangau als einen unserer fähigsten Diplomaten schätzt. Graf Brockdorff-Rangau steht im Alter von 48 Jahren. Er trat nach Vollendung seiner Studien 1894 als Referendar des Oberlandesgerichts Kiel in den Justizdienst. Ein Jahr später ging er zur diplomatischen Laufbahn über, war zuerst Nachschreiber bei der Gesandtschaft in Brüssel und dann nach Ablegung des diplomatischen Examen Sekretär bei der Botschaft in Petersburg. 1900 kam er als zweiter Sekretär nach Wien, wo er drei Jahre lang tätig war, ging dann als erster Sekretär nach dem Haag, lehrte aber bereits ein Jahr darauf als Botschaftsrat nach Wien zurück. Sein nächster Posten als Generalkonsul in Budapest belief ihn ebenfalls in der Monarchie, in der er mithin den weitaus größten Teil seiner Laufbahn verbracht hat. Seit dem Jahre 1912 war er deutscher Gesandter in Kopenhagen. Er ist einer der wenigen Diplomaten, die der Krieg nicht von ihrem Posten weggesetzt hat, auf dem sie zu dessen Beginn standen. Ein Beweis, daß seine Leistungen an maßgebender Stelle geschätzt wurden und befriedigten, und es spricht zweifellos für ihn, daß er ohne besondere Reibungen in den drei Jahren des Krieges seinen schwierigen Posten verwalte hat, weshalb er sich denn auch in Dänemark wie hier des besonderen